

— Wie der „R. B.“ berichtet wird, kam in dem am 16. dss. unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck abgehaltenen Ministerrathe auch die Frage wegen Stellung des Staates zum Bischof von Ermeland, sowie zur katholischen Kirche überhaupt zur Beratung. Das Ergebnis dieser Beratung dürfte sich wohl bald in bestimmten Maßnahmen nach beiden Richtungen hin äußern; gleichwohl wird stark bezweifelt, daß es in der Absicht der Staatsregierung liegt, schon zum 1. October die Amts- und Temporalien sperre gegen Bischof Kremenz zu verhängen. — Die erst gemeldete, dann bestrittene Nachricht, daß der Unterstaatssecretär im Ministerium des Aeußern seinen Abschied nehmen wolle, bestätigt sich vollkommen. Wenn auch Se. Majestät bis jetzt noch nicht formell das Entlassungsgesuch angenommen hat, so zweifelt man nicht, daß Herr v. Thile nur noch kurze Zeit in seiner amtlichen Funktion verbleiben wird. Vor seinem Rücktritt wird jedoch erst eine Vertretung in gewohnter Weise durch Herrn v. Balan erfolgen, wenn Fürst Bismarck nach seiner Rückkehr von Varzin in den vollen Umfang der Geschäfte wieder eingetreten sein wird.

— Der Geheime Regierungsrath Stieber ist, wie hiesige Blätter melden, höheren Orts mit einer Untersuchung wegen der Vorgänge am Abend des Zapfenstreichs und in wie weit dabei Polizeibeamte schuldig seien, beauftragt.

Hamburg, 18. Septbr. Die Kinderpest ist jetzt als besiegt anzusehen. Es haben sämtliche Absperungen aufgehört. Nur diejenigen Weiden, auf welchen an der Kinderpest erkranktes Vieh gegrast hat, dürfen in zwei Monaten nicht wieder betreten werden. Es findet deshalb noch so lange eine Bewachung dieses Weiderains durch Polizeiwächter statt.

Fulda, 18. September. Sämtliche Bischöfe haben heute früh im Dome unter großem Volksandrang die Messe gecelebriert. Heute und morgen werden je zwei, am Freitag die letzte der Sitzungen der Bischofskonferenz stattfinden. Die beiden heutigen Sitzungen währen mehrere Stunden. Den Vorsitz führt der Erzbischof von Köln, das Protocoll der Weihbischof Kübel von Freiburg. Gegenstände der Berathungen werden dem Vernehmen nach das Verhältniß der Staatsregierung zum Episkopat und das Jesuitengesetz sein. An den Bischofskonferenzen nehmen Theil: die Erzbischöfe von Köln, München und Bamberg, der Weihbischof von Freiburg, der Fürstbischof von Breslau, die Bischöfe von Fulda, Rottenburg, Limburg, Mainz, Kulm, Hildesheim, Paderborn, Münster, Trier, Straßburg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Eichstädt, der apostolische Vicar von Dresden; der Bischof von Ermeland wird durch den Generalvicar Pope, der Bischof von Passau durch den Domcapitular Siegler vertreten.

Eisenach, 17. September. Der „Magd. Btg.“ schreibt man: Die Abreise der Kaiserin Augusta von dem großherzoglichen Hoflager auf Wartburg ist bereits vorgestern Nacht erfolgt; bei dieser Gelegenheit komme ich auf die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht zurück, daß der Herzog von Coburg mit unserem Großherzog in einem Zug, aber in weit von einander getrennten Waggonen die Reise nach Berlin gemacht habe, woraus man auf eine große Spannung zwischen dem Coburger und Weimarschen Hof schließen müsse. Wie Ihr Berichterstatter die Verhältnisse zu kennen glaubt, so ist die in Rede stehende Spannung nicht acuter, sondern chronischer Natur, und erstreckt sich nicht ausschließlich auf Coburg und Weimar, sondern noch auf andere Thüringer Höfe, so daß der Coburger Hof überhaupt etwas isolirt dasteht, während zwischen den übrigen Gliedern des Ernestinischen Gesamthauses die besten Beziehungen bestehen.

Karlsruhe, 19. Sept. Die „Karlsruher Zeitung“ meldet bezüglich der Gerüchte über den Verkauf der badischen Eisenbahn, daß das Staatsministerium auf die von der Berliner Discontage-sellschaft betreffs Bildung der badischen Staatseisenbahnsgesellschaft gemachten Vorschläge nach Prüfung des Projects nicht einzugehen beschloß.

Aus München, 16. September; schreibt man dem „Fr. J.“: Als Illustration zur Ausführung des Jesuitengesetzes in Bayern kann dienen, daß die Redemptoristen ihre Missionen unbehelligt veranstalten und vom 20. d. an für Hauzendorf in Niederbayern weder eine Mission angesezt haben. Wenn die frommen Väter sich in ihrer seligmachenden Thätigkeit nicht irre machen lassen, haben sie ganz Recht, denn in der bayerischen Regierungsverordnung zur Ausführung des Jesuitengesetzes ist der „verwandten Orden“ mit keiner Silbe Erwähnung gethan. Herr v. Luz, schlau wie er ist, scheint nicht ohne Absicht diesen Umstand ganz übersehen zu haben. Daß die Redemptoristen dem Jesuitenorden sehr nahe „verwandt“ sind, weiß bei uns zu Vande jedes Kind, nur im Cultus-

ministerium scheint man hieron keine Ahnung zu haben. — Sie haben neulich der Schenkung des Bischofs Heinrich von Passau Erwähnung gethan. Der „sanste Heinrich“ hat den Geistlichen seiner Diöcese abermals die rauhe Seite zugekreft. Es erschienen nämlich im „Regensburger Morgenblatt“ mehrere Artikel, in welchen den Geistlichen der Diöcese Passau ordentlich der Text gelesen wird; es wird ihnen vorgehalten, Gottes Wort wollten sie lehren und hetzen dabei das Volk auf. „Wer sind hier die Vaterlandsverräther? Den Geistlichen ist es wegen ihrer aufreibenden Reden am meisten zuzuschreiben, wenn das Volk unbarmhäsig wird“ u. s. f. Die Urheberschaft dieser Artikel wird auf das bischöfliche Palais in Passau zurückgeführt.

Regensburg, 17. September. Der Jesuit Graf von Fugger hat wegen seiner Ausweisung aus Regensburg unter Berufung auf seine „standesherrlichen“ Rechte eine Beschwerde an den König und die Staatsregierung eingereicht. Gestern begab sich Graf Fugger zur Polizei, um anzulegen, daß er seine bisherige Wohnung bei St. Jacob, wo die Kreisregierung eine tatsächliche Niederlassung der Jesuiten erblicken will, verlassen und eine andere bei Gräfin Antonie Fugger, Schwester seines Vaters, bezogen habe; ebenso theilte er dem Bürgermeister mit, welche Schritte er in München zur Wahrung seiner „verfassungsmäßigen“ Rechte gethan habe.

Straßburg, 16. Septbr. In ganz Elsaß-Lothringen hat das Optionsfeuer gegenwärtig seinen Höhepunkt erreicht, besonders stark grassirt dasselbe in dem mehr katholischen Oberelsaß und in dem mehr französischen Lothringen, während das vorwiegend protestantische und deutschgesinnte Niedersaß, mit Ausnahme einiger Städte, weniger davon ergriffen ist. Es sind drei Hebelkräfte angewandt worden, um die Stimmung der Elsaß-Lothringen gegen die neue Regierung möglichst zu erbittern und dadurch auf eine Steigerung der Option zu wirken. Vorerst ist die elsaßische Ligue bemüht, durch Schriften und Emisäre, durch fanatisch-nationale Aufreizung und unverschämte Verlämungen den Preußenhass (denn von Deutschland ist kaum die Rede) zu schüren. Dazu kommen die Ultramontanen, sowohl die höhere Geistlichkeit als die von derselben abhängigen, oder vom Jesuitismus durchdrungenen Landgeistlichen, um den blindgläubigen Dorfbewohnern und nicht minder den frommen Frauen und Töchtern in den Städten die protestantische Regierung recht dunkel zu malen, religiösen Hass zu entflammen und außer verschiedenen unsinnigen Lügen und Verlämungen sie sogar mit der Absicht der Preußen zu bedrohen, das Volk zwangsläufig kalvinisch oder lutherisch zu machen. Endlich ist es die allgemeine Militärsucht, welche den jungen Leuten mit den schwärzesten Ausmalungen als Abschreckungsmittel eingeprägt wird. Über die rohe Behandlung der preußischen Soldaten werden wahre Schauergeschichten colportiert und — ge-glaubt. Soeben ist von den Gemeindebehörden die Aufforderung zur Anmeldung der Stellungspflichtigen zum Militär ergangen, welche einen bedeutenden Theil der davon Betroffenen, sofern sie noch nicht optirt haben, zur Auswanderung veranlaßt.

Lothringen. Aus Meß, 17. Sept., wird der „Str. Btg.“ geschrieben: Schon seit Monaten hat man sich bekanntlich in deutschen und französischen Blättern vielfach mit der Auswanderung der Franzosen aus unserer Stadt beschäftigt. Von unseren westlichen Nachbarn wurde dieselbe stets als eine ungeheure dargestellt, und auch die meisten deutschen Blätter, durch ihre Correspondenten oder durch die französische Presse irregeleitet, waren in der Meinung besangen, daß Meß beinahe gänzlich entvölkert sei. Jetzt ist amtlich festgestellt, daß bis vorgestern Mittag in Meß 2178 Personen, Familienväter einbegriffen, für Frankreich optirt haben. Nimmt man nun an, daß im Durchschnitt jeder der Optirenden zwei andere Personen (Minderjährige, Frauen oder dergl.) mit sich zieht, eine Zahl, deren Gültigkeit schwerlich zu bestreiten sein wird, dann hätten wir im Ganzen einen Abgang von etwa 6500 Seelen. Das ist, wenn die Hexereien und Wühlereien in unserer Grenze so nahen Stadt in Betracht gezogen werden, kein allzu günstiges Resultat für Frankreich und wird hoffentlich wohl die heissblütigen Pariser Journalisten, nach denen Meß beinahe die Hälfte seiner Bevölkerung, also etwa 25,000 Seelen, verloren hätte, ein wenig abkühlen.

Wien. 18. Sept. Die neuerdings in den Blättern auftretende Meldung, daß das hiesige Cabinet über die Kaiserzusammenkunft ein Circulaire erlassen oder ein solches vorbereitet, entbehrt jeglicher Begründung.

Bern, 18. September. Die Regierung von Wallis, welche den Jesuitenpater Franz Allet zum Pfarrer in Leuf ernannt hatte, ist vom Bundesräthe aufgefordert worden, darüber nähere Auskunft zu geben, und hat der letztere alle weiteren Schritte bezüglich dieser Ernennung fixirt.